

Was haben die Parteien im kommenden Jahr 2016 geplant?

Das Jahr 2015 neigt sich dem Ende zu. Die «Liewo» fragte die Parteien nach ihren Aussichten aufs Jahr 2016.



«Unzufriedenheit entgegnetreten»

→ Auf der Hand liegen natürlich bereits bekannte und von den entsprechenden Regierungsstellen bereits vorgestellte Themen wie die nachhaltige Sicherung der AHV sowie die Neuregelung der Kita-Finanzierung.

Schauen wir auf die Gemeindewahlen zurück und betrachten wir generell die Entwicklung des Frauenanteils in politischen Gremien, dann sehen wir einen deutlichen Handlungsbedarf. Parteiintern wurden bereits erste Weichen gestellt, erste Veranstaltungen wurden von den «Frauen in der FBP» initiiert und durchgeführt und wir werden auch im Jahr 2016 weitere Massnahmen setzen, um diesem aktuellen Negativtrend eine positive Wende zu geben.

Die beiden Sachabstimmungen in dieser Legislatur waren äusserst knapp – eine wachsende Unzufriedenheit ist spürbar. Wir nehmen das sehr ernst und setzen uns intensiv mit den Gründen auseinander. Auch hier heisst das erklärte Ziel: Richtungsänderung.

Generell werden wir auch im Jahr 2016 weiter daran arbeiten, dass Liechtenstein ein wirtschaftlich und politisch sicheres Land bleibt und alle Einwohnerinnen und Einwohner positiv und zuversichtlich in die Zukunft blicken können. In diesem Sinne wünsche ich allen frohe Festtage und «an guata Rotsch».

Thomas Banzer,
Präsident der FBP



«Vorbereitung auf Landtagswahlen»

→ Die politischen Themen, mit denen sich die Parteien auf verschiedenen Ebenen zu befassen haben, werden ein Stück weit von Regierung und Landtag diktiert. Die AHV-Reform, die Revision der Betrieblichen Personalvorsorge, das Stimm- und Wahlrecht für Ausländische Liechtensteiner, die Trennung von Staat und Kirche, die Kita-Finanzierung, die Casino-Bewilligung, die Flüchtlingsfrage sowie die Ergebnisse der Post-PUK sind nur einige Beispiele von politischen Dossiers, die einer Weiterbehandlung bedürfen.

Im Herbst des nächsten Jahres werden die Parteien beginnen, sich für die Landtagswahlen 2017 sowohl in thematischer als auch personeller Hinsicht zu positionieren. Als ersten Schritt wird eine parteiinterne Arbeitsgruppe die Wertvorstellungen der VU aus dem Jahre 2004 überarbeiten. Im Grundsatz können wir uns heute noch an ihnen orientieren. Um sie als Wertefundament für die Erarbeitung unseres Wahlprogramms zu nutzen, bedürfen sie nach elf Jahren jedoch einer Neufassung.

Eine weitere Herausforderung wird die Rekrutierung von Kandidaten und die Herausarbeitung eines klar erkennbaren Profils unserer Partei und ihrer Köpfe sein. Die anstehende Parteiarbeit wird also sehr spannend.



Vaterländische Union

Günther Fritz,
Präsident der VU

«Gerechtigkeit und Chancengleichheit»

→ Wir haben klare Werte, nach denen wir unser Programm ausrichten. Die Freie Liste steht für «sozial, demokratisch und ökologisch». Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass es für alle reicht und alle in unserem Land ein würdiges Leben führen können.

Wir werden den Sozialabbau verhindern, den die Regierung zur Sanierung des Staatshaushalts vorantreibt.

Wir werden uns für Renten einsetzen, die zum Leben reichen.

Wir verlangen einen ausreichenden Staatsbeitrag für die AHV und anständige Löhne.

Ein Thema bleibt sicher auch das Gesundheitswesen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Gleichstellung von Mann und Frau.

Ein Thema ist bereits auf der politischen Agenda: ein Mietergesetz, das endlich Rechtssicherheit bringen kann.

Kurz: Wir setzen uns für Gerechtigkeit und Chancengleichheit ein.



Derya Kesci und Pepo Frick,
Co-Präsidium
der Freien Liste (FL)

«Anpacken, was zu tun ist»

→ Wenn ich mich recht erinnere, war es Winston Churchill, der einmal gesagt haben soll, dass er sich nie an einem politischen Programm orientiert habe, sondern einfach immer angepackt habe, was zu tun gewesen sei.

Was im 2016 zu tun ist, ist klar. Die Unabhängigen haben z. B. den Vorsitz in der Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) zur Post. Es ist unsere Aufgabe, die Untersuchungen möglichst rasch zu einem Abschluss zu bringen. Die Liechtensteiner erwarten Aufklärung und Transparenz, wie es so weit kommen konnte, dass die Post mit einem 9-Millionen-Kredit vor dem Bankrott gerettet werden musste. Letztlich geht es auch um die Frage, wie gut die Regierung die staatlichen Unternehmen «steuert». Das relevante Gesetz heisst wohl nicht umsonst «Gesetz über die Steuerung und Überwachung öffentlicher Unternehmen».

Laut Regierungsprogramm hat die Sanierung des Staatshaushaltes oberste Priorität. Sollte die Regierung im letzten Jahr vor den nächsten Wahlen vergessen, was ihre Priorität ist, werden wir sie daran erinnern. Gemäss Finanzplanung wird der Staat bis 2019 Verluste von weit über 200 Millionen Franken einfahren. Anstatt das betriebliche Defizit entschlossen anzupacken, lässt die Regierung aber den Personalaufwand anwachsen.



Pio Schurti,
Landtagsabgeordneter
der Unabhängigen (DU)